

Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse

Bericht der Regierung vom 9. März 2010

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen unseren Bericht 2009 über den Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse.

1. Vorbemerkung

Die Regierung berichtet dem Kantonsrat jährlich über den Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse (Art. 5 Abs. 2 Bst. a des Staatsverwaltungsgesetzes [sGS 140.1; abgekürzt StVG] und Art. 118 Abs. 1 des Geschäftsreglementes des Kantonsrates [sGS 131.11; abgekürzt GeschKR]). Sie erstattet den Bericht zeitgleich mit ihrem Geschäftsbericht, aber gesondert. Die Staatswirtschaftliche Kommission nimmt dazu in ihrem Bericht zur Staatsverwaltung Stellung.

Der Kantonsrat kann eine Motion abschreiben, wenn:

- a) die Regierung dem Kantonsrat den Entwurf unterbreitet hat;
- b) die Erfüllung des Auftrags mit einem ausserordentlichen Aufwand verbunden wäre, der bei der Gutheissung der Motion nicht voraussehbar war;
- c) die Vorlage unverhältnismässig hohe Kosten zur Folge hätte, die bei der Gutheissung der Motion nicht voraussehbar waren;
- d) sich die Verhältnisse seit der Gutheissung der Motion grundlegend verändert haben und daher auf die Erfüllung des Auftrags verzichtet werden kann (Art. 118 Abs. 2 GeschKR).

Er kann ein Postulat abschreiben, wenn:

1. die Regierung dem Kantonsrat Bericht erstattet hat;
2. die Erfüllung des Auftrags mit einem ausserordentlichen Aufwand verbunden wäre, der bei der Gutheissung des Postulates nicht voraussehbar war;
3. sich die Verhältnisse seit der Gutheissung des Postulates grundlegend verändert haben und daher auf die Erfüllung des Auftrags verzichtet werden kann (Art. 118 Abs. 3 GeschKR).

Bleibt eine Motion während dreier Jahre bei der Regierung hängig, hat sie dem Kantonsrat über die Gründe der Verzögerung Bericht zu erstatten und über das weitere Vorgehen Antrag zu stellen (Art. 118 Abs. 4 GeschKR).

Der Anhang zu diesem Bericht informiert über den Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse und enthält die Abschreibungsanträge der Regierung.

2. Antrag

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren:

1. von unserem Bericht 2009 über den Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse Kenntnis zu nehmen;
2. die parlamentarischen Vorstösse gemäss unserem Antrag im Anhang zu diesem Bericht abzuschreiben.

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:
Dr. Josef Keller

Der Staatssekretär:
Canisius Braun

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin ¹	Antrag der Regierung

Staatskanzlei

42.09.31	2009/September	Regierungsprogramm ist Sache der Regierung – Notwendige Änderung des Staatsverwaltungsgesetzes Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Änderung des Staatsverwaltungsgesetzes zu unterbreiten, bei der das Regierungsprogramm einerseits in Zukunft nicht mehr dem Kantonsrat zu unterbreiten ist und andererseits sich viel stärker auf strategische Schwerpunktziele konzentriert.	SK	Die Regierung bearbeitet die Motion nach einer Evaluation der erstmaligen Anwendung der Planungs- und Steuerungsinstrumente.	01.01.2012	
----------	----------------	---	----	--	------------	--

¹ Mutmasslicher Zeitpunkt der Zuleitung an den Kantonsrat.

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Volkswirtschaftsdepartement

42.08.38	2009/Februar	Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung: Anpassung an die umliegenden Kantone Die Regierung wird beauftragt, das Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung wie folgt anzupassen: <i>Allgemeine Ladenöffnung</i> Art. 8. ¹ Der Laden darf geöffnet sein: a) von Montag bis Freitag von 06.00 bis 20.00 Uhr; b) am Samstag sowie am Vortag von Karfreitag, Weihnachtstag und Neujahr von 06.00 bis 18.00 Uhr. ² <i>gestrichen</i> ³ Am öffentlichen Ruhetag bleibt der Laden geschlossen.	VD	Die Vorlage wurde in 1. Lesung im Kantonsparlament während der Novembersession 2009 beraten. Die 2. Lesung ist für die Februarsession 2010 vorgesehen.	2010	Abschreibung
----------	--------------	---	----	--	------	--------------

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.04.23	2005/Frühjahr	Finanzierung des öffentlichen Verkehrs Damit der Kanton nach der Klärung der Vorgaben des Bundes rasch reagieren kann, und damit die Verkehrspolitik des Kantons nicht dauernd von der aktuellen finanziellen Situation abhängig ist, muss die Finanzierung grundsätzlich geklärt werden. Die Regierung wird deshalb eingeladen, einen Bericht über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs auszuarbeiten, welcher aufzeigt, wie die Massnahmen gemäss Strategiepapier umgesetzt werden können.	VD	Die Regierung hat grundlegende Fragen der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des Kantonsratsbeschlusses über die S-Bahn St.Gallen 2013 erörtert und den Postulatsauftrag in diesem Zusammenhang erfüllt. Die Kreditvorlage zur S-Bahn St.Gallen 2013 wurde dem Kantonsrat Anfang 2010 vorgelegt.	2010	Abschreibung
43.05.03	2005/September	Zukunft Technologie- und Bildungsstandort St.Gallen Die Regierung wird eingeladen: 1. im Rahmen eines Berichtes den Status quo darzulegen, wie der Wissenstransfer zwischen Fachhochschulen und KMU organisiert ist und in welchen Bereichen die Fachhochschulen Innovations- und Technologie-Transfer-Potenzial orten und aus welchen Gründen dieses Potenzial bisher nicht ausgeschöpft werden konnte. Dabei soll auch die Situation des Technologie-Transfers in der Grenzregion St.Gallen – inklusive Fachhochschulen im Ausland – dargestellt werden («best practice»/«Benchmarking»);	VD	Das Amt für Wirtschaft, das Amt für Hochschulen sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft haben mit dem Institut für Technologiemanagement (ITEM) der Universität St.Gallen im Juli 2008 eine Studie über das Wissens- und Technologietransfersystem im Kanton St.Gallen erarbeitet. Aufbauend auf den Erkenntnissen ist ein Bericht zur Beantwortung des Postulats erarbeitet worden bezüglich der Aufträge 1 und 2. Der Bericht wurde dem Kantonsrat Anfang 2010 zugeleitet.	2010	Abschreibung (Ziff. 1 und 2)

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
		2. aufzuzeigen, wo die Schwächen und Stärken des bisherigen Systems sind bzw. wo die Hemmnisse zur besseren Nutzung gemeinsamer Projekte von Fachhochschulen und Wirtschaft liegen und ob die kritische Masse in Anbetracht der nationalen und internationalen Konkurrenz zwischen den Fachhochschulen in der Ostschweiz überhaupt erreicht werden kann; 3. darzustellen, wie die Strukturen (Führung/Trägerschaft/Bauten/Finanzierung) der Fachhochschule Ostschweiz verbessert und optimiert werden müssten, damit die Schulen den Herausforderungen der Zukunft und den Anforderungen der KMU noch besser gerecht werden können.	BLD	Dieses Thema wird im Rahmen des Postulats 43.08.15 "FHO wohin? - Zeitgemässe Strukturen für eine erfolgreiche Positionierung der Fachhochschulen in der Ostschweiz" durch das Bildungsdepartement bearbeitet.		
43.06.08	2006/Frühjahr	Kantonale Förderung der Biodiversität im Wald Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten, der mit Blick auf die Umsetzung der NFA und die laufende Revision der Waldgesetzgebung des Bundes die möglichen Handlungsfelder zur Förderung von Biodiversitätsmassnahmen aufzeigt, und allenfalls Antrag im Rahmen einer Revision des kantonalen Waldgesetzes zu stellen.	VD	Die Bearbeitung des Postulatsberichtes nimmt mehr Zeit in Anspruch als geplant. Die Vorbereitungen sind weitgehend abgeschlossen, so dass der Postulatsbericht im Jahr 2010, dem UNO-Jahr der Biodiversität, dem Kantonsrat zugeleitet werden kann.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.08.08	2008/Februar	Vorfinanzierung Doppelspurausbau Buchs-Sargans Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Berichterstattung über das S-Bahn-Konzept im 4. öV-Programm zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Vor- oder Mitfinanzierung des Doppelspurabschnittes Buchs-Sargans erfolgen soll, dazu Bericht zu erstatten und gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag zu stellen.	VD	Die Regierung hat das Thema im Rahmen des Kantonsratsbeschlusses über die S-Bahn St.Gallen 2013 erörtert und den Postulatsauftrag in diesem Zusammenhang erfüllt. Die Kreditvorlage zur S-Bahn St.Gallen 2013 wurde dem Kantonsrat Anfang 2010 vorgelegt.	2010	Abschreibung
43.08.09	2008/Februar	Vor- oder Mitfinanzierung des Kapazitätsausbaus zwischen St.Gallen und Zürich Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Berichterstattung über das S-Bahn-Konzept im 4. öV-Programm zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Vor- oder Mitfinanzierung des Kapazitätsausbaus zwischen St.Gallen und Zürich erfolgen soll, dazu Bericht zu erstatten und gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag zu stellen.	VD	Die Regierung hat das Thema im Rahmen des Kantonsratsbeschlusses über die S-Bahn St.Gallen 2013 erörtert und den Postulatsauftrag in diesem Zusammenhang erfüllt. Die Kreditvorlage zur S-Bahn St.Gallen 2013 wurde dem Kantonsrat Anfang 2010 vorgelegt.	2010	Abschreibung

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zustän- digkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.09.12	2009/Sep- tember	Dank Innovation und Technologietransfer aus der Krise² Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat im Rahmen der Beantwortung des Postulats Zukunft Technologie- und Bildungsstandort St.Gallen (43.05.03) den Bedarf an Forschungs- und Entwicklungsinfrastrukturen für einen wirkungsvollen Technologietransfer an den st.gallischen Fachhochschulen aufzuzeigen.	VD	Aufbauend auf der Studie über das Wissens- und Technologietransfersystem im Kanton St.Gallen wurde der Bericht zur Beantwortung des Postulats 43.05.03 erarbeitet. Dieser Bericht wurde dem Kantonsrat Anfang 2010 zugeleitet. Der Postulatsauftrag ist in diesem Zusammenhang erfüllt worden.	2010	Abschreibung

² Umgewandelte Motion 42.09.15 «Dank Innovation und Technologietransfer aus der Krise».

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Departement des Innern

42.05.13	2005/September	Kinderzulagengesetz: Anpassung des Finanzierungssystems Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf über eine Revision des Kinderzulagengesetzes zu unterbreiten, die eine Mitfinanzierung durch die Arbeitnehmenden vorsieht.	DI	Verschiedene Revisionsanliegen für das eidgenössische Familienzulagengesetz sind pendent. Die Anliegen aus den hängigen Motionen 42.05.13, 42.05.21, 42.05.23 und 42.05.25 werden im Rahmen einer Gesamtrevision bearbeitet, müssen aber mit der Revision des Familienzulagengesetzes auf Bundesebene koordiniert werden. Die Arbeiten werden auf Kantonsebene im Jahr 2010 aufgenommen.	2012	
42.05.21	2006/Februar	Verbesserung der Kinderzulagen-Situation im Kanton St.Gallen Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf über eine umfassende Revision des Kinderzulagengesetzes zu unterbreiten, welche die Bestimmungen eines allfälligen künftigen Bundesgesetzes über die Familienzulagen berücksichtigt.	DI	Siehe Bemerkungen zu Motion 42.05.13	2012	
42.05.23	2006/Februar	Revision des Kinderzulagengesetzes Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf über eine umfassende Revision des Kinderzulagengesetzes zu unterbreiten, welche die Bestimmungen eines allfälligen künftigen Bundesgesetzes über die Familienzulagen berücksichtigt.	DI	Siehe Bemerkungen zu Motion 42.05.13	2012	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.05.25	2006/Februar	Neuregelung Kinderzulagen Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf über eine umfassende Revision des Kinderzulagengesetzes zu unterbreiten, welche die Bestimmungen eines allfälligen künftigen Bundesgesetzes über die Familienzulagen berücksichtigt.	DI	Siehe Bemerkungen zu Motion 42.05.13	2012	
42.07.01	2007/Februar	Regionaler Sonderlastenausgleich Die Regierung wird eingeladen, über die Grundsätze einer regionalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich Bericht und Anträge zu stellen.	DI	Die Arbeiten an dem Bericht sind im Gang; er kann dem Kantonsrat voraussichtlich im Herbst 2010 zugeleitet werden.	2010	
42.08.22	2008/September	Deutschtest im Einbürgerungsverfahren standardisieren Mit Blick auf diesen wesentlichen Punkt ³ wird die Regierung eingeladen, dem Kantonsrat mit dem neuen Bürgerrechtsgesetz eine Vorlage zu unterbreiten, welche ein Modell enthält, wonach die umgangssprachliche Kompetenz der Einbürgerungswilligen gesichert festgestellt werden kann. Dabei ist das von der EKA (eidg. Kommission für Ausländerfragen) empfohlene Sprachprüfungsmodell vorzusehen. Für die Umsetzung dieses Modells ist eine kantonale Koordination erforderlich.	DI	Die Vorlage für das neue Bürgerrechtsgesetz wurde dem Kantonsrat am 8. Dezember 2009 zugeleitet. Die Motion wird darin insoweit berücksichtigt, als dass die konkreten sprachlichen Anforderungen durch die Regierung auf Verordnungsstufe festgelegt werden sollen. Die Vorlage soll im Kantonsrat in der Frühjahrssession 2010 in erster Lesung behandelt werden.	2009	Abschreibung

³ Siehe Begründung der Motion 42.08.22 «Deutschtest im Einbürgerungsverfahren standardisieren».

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.08.25	2008/Sep-tember	Streichung der spezialgesetzlich geregelten Genehmigungspflichten allgemeinverbindlicher Reglemente Die Regierung wird deshalb ⁴ eingeladen zu prüfen, in welchen Bereichen die spezialgesetzlich geregelte Genehmigungspflicht von allgemeinverbindlichen Reglementen gestrichen werden kann, und dem Kantonsrat entsprechend Antrag zu stellen.	DI	Die Auswertung der departementalen Vernehmlassungen ist derzeit in Arbeit. Es ist vorgesehen, die Streichung spezialgesetzlicher Genehmigungspflichten im Rahmen einer dafür geeigneten Gesetzesrevision vorzunehmen.		
42.09.13	2009/Sep-tember	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Sozialinspektorate Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Anpassung des Sozialhilfegesetzes vorzulegen, welche unter Wahrung der bestehenden Zuständigkeiten ausdrückliche und genügend bestimmte Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Sozialinspektoren enthält. Sie berücksichtigt dabei die neusten Entwicklungen in der Rechtsprechung.	DI	Die Arbeiten an einem Nachtrag zum Sozialhilfegesetz können nach der Abstimmung über die Motion 42.09.10 «Rückerstattungspflicht für bezogene finanzielle Sozialhilfe gerecht ausdehnen» aufgenommen werden.	2012	

⁴ Siehe Begründung der Motion 42.08.25 «Streichung der spezialgesetzlich geregelten Genehmigungspflichten allgemeinverbindlicher Reglemente».

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.99.02	2001/Sep-tember	Dezentrale Erfüllung von Kantonsaufgaben Die Regierung wird eingeladen, über Stand und Entwicklung der dezentralen Aufgabenerfüllung der Staatsverwaltung im Rahmen einer dafür geeigneten Vorlage über die Anpassung bestehender Gesetze an die neue Kantonsverfassung nach Art. 119 nKV Bericht zu erstatten.	DI	Die Arbeiten an dem Bericht sind im Gang; er kann dem Kantonsrat voraussichtlich im Jahr 2010 zugeleitet werden.	2010	
43.04.16	2004/November	Informationssicherung für künftige Generationen – Konzept für das Staatsarchiv Die Regierung wird daher eingeladen, zur aktuellen Situation im Staatsarchiv Bericht zu erstatten, dem Rat ein detailliertes Konzept über die zukünftige Gestaltung des Staatsarchivs vorzulegen und gegebenenfalls den Erlass neuer gesetzlicher Grundlagen zu beantragen. Insbesondere sind folgende Fragen zu behandeln: 1. Welche räumlichen, infrastrukturellen, personellen und organisatorischen Vorkehrungen sind zu treffen, damit das Staatsarchiv seinen Auftrag gegenüber Behörden, Verwaltung und Bevölkerung auch in Zukunft ausreichend erfüllen kann? 2. Welche gesetzlichen Grundlagen sind allenfalls neu zu schaffen, um die Informationssicherung im Kanton St.Gallen zu gewährleisten?	DI	Botschaft und Entwurf zu einem Gesetz über die Aktenführung und Archivierung werden im Februar in die Vernehmlassung geschickt. Die Zuleitung an den Kantonsrat ist in der zweiten Jahreshälfte 2010 vorgesehen.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.04.20	2004/Sep-tember	Koordination des kantonalen Bibliothekswesens Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat in Ergänzung und mit Blick auf die Umsetzung des neuen Konzeptes für die Kantonsbibliothek Bericht über die Koordination des kantonalen Bibliothekswesens zu erstatten, insbesondere in den Bereichen Organisation, Beschaffung und Aufgabenteilung, und darin auszuführen, ob und wie sie den Koordinationsbedarf durch Erlass entsprechender Verordnungsbestimmungen regelt.	DI	An der Beantwortung des Berichts wird im Rahmen zweier Projekte gearbeitet. Die Regierung hat 2009 Kenntnis genommen vom Konzept zur Neuen Bibliothek St.Gallen, die eine Vorreiterrolle für das Bibliothekswesen im Kanton einnehmen wird. Parallel dazu wurde ein Konzept für die Förderung der öffentlichen Bibliotheken im Kanton St.Gallen in Angriff genommen.		
43.05.07	2005/Sep-tember	Ambulante geriatrische Versorgung und geriatrische Betreuung in Alters- und Pflegeheimen Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht die aktuellen und künftigen Möglichkeiten in der geriatrischen Versorgung und Betreuung durch die SPITEX und in Alters- und Pflegeheimen im Rahmen der geltenden Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden aufzuzeigen.	DI	Die Anliegen aus dem Postulat decken sich mit Fragestellungen, die bei der Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung zentral sind. Die neue Pflegefinanzierung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Umsetzungsarbeiten zur Vorlage sind in vollem Gang.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.05.08	2005/Sep-tember	Heilpädagogische und psychiatrische Krisenintervention für Menschen mit einer geistigen Behinderung In diesem Zusammenhang wird die Regierung eingeladen, in einem Bericht nachfolgende Punkte zu klären und allenfalls Antrag zu stellen: 1. Zuständigkeiten betreffend Bereitstellung angemessener Plätze für eine psychiatrische und heilpädagogische Krisenintervention für Menschen mit geistiger Behinderung (Institutionen, Anlaufstellen); 2. Künftiges Angebot von Kriseninterventionsplätzen (Rahmen und Konzept); 3. Sicherung des Know-hows in den entsprechenden stationären Einrichtungen und bei den stationären fachärztlichen Anbietern; 4. Verbindlicher Zeitplan zur Einführung der vorgeschlagenen Verbundlösung.	DI	Die Bearbeitung des Postulats ist in vollem Gang. Daten aus quantitativen und qualitativen Befragungen bei psychiatrischen und sozialpädagogischen Institutionen sowie direkt Betroffenen wurden analysiert und unter Einbezug von Fachpersonen sowie Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Departemente ausgewertet. In einem nächsten Schritt sind Lösungsansätze zu erarbeiten.	2011	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.05.10	2006/Februar	Integrierte Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St.Gallen – dringender Handlungsbedarf Die Regierung wird eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten, damit eine verbindliche und wirkungsvolle integrierte Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St.Gallen gewährleistet werden kann.	DI	In Abstimmung mit dem neuen Bundesbericht «Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik» werden aktuell neue Grundlagen für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St.Gallen ausgearbeitet. Der Berichtsentwurf wird in der zweiten Jahreshälfte 2010 mit den Gemeinden und weiteren Anspruchsgruppen diskutiert. Der Postulatsbericht wird dem Kantonsrat spätestens im Jahr 2011 zugeleitet.	Februar 2011	
43.07.04	2007/Februar	Integration: Gesetzliche Grundlagen Die Regierung wird eingeladen, Bericht zu erstatten über die Frage, ob und inwieweit gesetzliche Regelungen zur Umsetzung der eidgenössischen Integrationspolitik notwendig sind.	DI	Der Lenkungsausschuss hat den ersten Berichtsentwurf im Oktober zur Kenntnis genommen und den Auftrag erteilt, den Bericht mit einem Massnahmenplan zu ergänzen, der alle Departemente involviert.	Herbst 2010	
43.07.06	2007/Juni	Betreuungsgutschriften Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der bevorstehenden umfassenden Revision des Kinderzulagengesetzes die Voraussetzungen für einen Pilotversuch der kantonalen Familienausgleichskasse mit einer nachfrageorientierten Finanzierung familienexterner Kinderbetreuung (Betreuungsgutschriften) zu prüfen.	DI	Der Postulatsauftrag umfasst ein Anliegen, das auch im Bericht 40.09.02 «Politik im Zeichen des demographischen Wandels» formuliert und im Regierungsprogramm 2009-2013 aufgenommen wurde (Massnahme 2.1 «Im Kanton St. Gallen ist 'Familie' bezahlbar»). Dieses wird zusammen mit dem Postulat 43.07.28 «Zukunftsgerichtete Familienpolitik» und dem Postulat 43.08.01 «Eltern in die Pflicht nehmen» bearbeitet.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.18	2007/Sep-tember	Versorgung Demenzkranker – der Kanton ist gefordert! Die Regierung wird eingeladen aufzuzeigen, wie der zunehmende Versorgungsbedarf von Demenzkranken sichergestellt und die Zuständigkeiten festgelegt werden sollen.	DI	Die Bearbeitung des Postulats ist im Gang. Eine quantitative Auswertung zum aktuellen Betreuungsangebot steht kurz vor Abschluss. Die Analyse der Ergebnisse hinsichtlich Bedarfsrichtwert und zukünftigem Handlungsbedarf erfolgt unter Einbezug weiterer Anspruchsgruppen wie Gemeinden, Fachpersonen und -verbänden.		
43.07.28	2008/Früh-jahr	Zukunftsgerichtete Familienpolitik Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten über: a) Zielsetzungen in der Familienpolitik vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen im Kanton St.Gallen; b) Handlungsbedarf in der Familienpolitik mit besonderem Augenmerk auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.	DI	Siehe Bemerkungen zu Postulat 43.07.06		
43.07.36	2007/Sep-tember	Behindertenfahrdienst zu fairen Preisen Die Regierung wird eingeladen, im Zusammenhang mit dem zu erarbeitenden kantonalen Behindertenkonzept zu prüfen und dazu Bericht zu erstatten, ob und in welchem Umfang eine Tarifierung der Behindertenfahrdienste angezeigt ist für Personen, denen die Benützung des öffentlichen Verkehrs nicht möglich beziehungsweise nicht zumutbar ist.	DI	Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Fachpersonen, Nutzerinnen und Nutzern, Fahrdienstleistenden und weiteren Anspruchsgruppen bearbeitet das Anliegen gemeinsam. Eine Umfrage bei Nutzerinnen und Nutzern sowie Anbietenden der Fahrdienste wurde gestartet. Basierend auf dieser aktuellen Datengrundlage werden Handlungsansätze ausgearbeitet. Es besteht Koordinationsbedarf mit der Erarbeitung neuer Gesetzesgrundlagen im Bereich Behinderung, die aufgrund der NFA notwendig sind.	2011	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.37	2007/Sep-tember	Rechtsgleichheit unter den Gemeinden bei der Denkmalpflege Die Regierung wird eingeladen, den Bedarf einer gesetzlichen Regelung der Instrumente und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in der Denkmalpflege zu prüfen sowie dem Kantonsrat im Rahmen der Totalrevision des Baugesetzes Bericht zu erstatten.	DI	Das Anliegen wird im Rahmen der laufenden Totalrevision des Baugesetzes bearbeitet (Federführung beim Baudepartement).		
43.08.01	2008/Frühjahr	Eltern in die Pflicht nehmen Die Regierung wird beauftragt, im Rahmen der Postulatsberichte zur Elternbildung (43.06.01), Familienpolitik (43.07.28) und Integration (43.07.04) aufzuzeigen, wie und mit welchen gesetzlichen Grundlagen die Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder besser gefördert und unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen und bei Nichteinhaltung ihre Pflichten vermehrt belangt werden können.	DI	Siehe Bemerkungen zu Postulat 43.07.06		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.08.02	2008/Frühjahr	Gezielte Stärkung des Vereinswesens Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht die Möglichkeiten aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen das bestehende Vereinswesen gezielt gestärkt werden kann, sodass die Vereine ihre wesentliche Rolle in der Freizeitgestaltung unserer Jugend – und damit in der Gewaltprävention – wieder uneingeschränkt wahrnehmen können.	DI	Die Erarbeitung möglicher Handlungsfelder ist abgeschlossen und mit je einem verwaltungs-internen und -externen Hearing verifiziert.	2011	
43.09.13	2009/September	Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien mit Kindern Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht zur Optimierung der in der Familienpolitik eingesetzten Instrumente zu unterbreiten.	DI	Das Anliegen des Postulats wird in Zusammenhang mit der Umsetzung der Massnahme 2.1 des Regierungsprogramms 2009-2013 «Im Kanton St. Gallen ist 'Familie' bezahlbar» bearbeitet. Dazu sind unter anderem differenzierte Modellrechnungen notwendig, um Schwelleneffekte zu verhindern. Die Auswertungen der Ergebnisse sowie die weitere Bearbeitung dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen.	2011	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.09.14	2009/September	Kindgerechte Politik Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Postulatsberichte zur integrierten Kinder- und Jugendpolitik (43.05.10) und zur zukunftsgerichteten Familienpolitik (43.07.28) aufzuzeigen, welche Rolle Bund, Kanton und Gemeinden in der Kinder- und Jugendförderung wahrnehmen und welche Impulse in diesem Bereich unter Berücksichtigung des demographischen Wandels gesetzt werden sollen.	DI	Die Anliegen des Postulats werden im Postulatsbericht 43.05.10 «Integrierte Kinder- und Jugendpolitik» aufgenommen und bearbeitet.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Bildungsdepartement

42.05.14	2005/September	Ausbau der Autonomie der Mittelschulen Die Regierung wird eingeladen, eine Gesetzesrevision vorzulegen, mit der die heutigen Entscheidungs- und Organisationsstrukturen im Mittelschulwesen gestrafft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Insbesondere gilt es folgende Punkte zu verankern: – Klärung und Straffung der strategischen und operativen Führungsstrukturen; – klare Verantwortlichkeit und Zuständigkeit im Bereich der Schulaufsicht.	BLD	Die Revision des Mittelschulgesetzes (MSG) läuft plangemäss. Im Februar 2010 wird das Geschäft der Regierung zur Null-Lesung vorgelegt. Anschliessend erfolgt bis Mitte 2010 die Vernehmlassung. Spätestens bis April 2011 liegen Botschaft und Entwurf vor.	2012	
42.05.22	2006/Frühjahr	Sonderschulgesetz Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat im Rahmen der innerkantonalen Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) eine Revision des Gesetzes über die Kantonsbeiträge an private Sonderschulen zu unterbreiten mit dem Ziel, die Sonderschulung im Blick auf die NFA neu zu regeln. Insbesondere wird sie eingeladen, dem Kantonsrat eine gesetzliche Regelung (Sonderschulgesetz) zu unterbreiten, die nicht nur dem finanziellen Aspekt, sondern auch dem besonderen Leistungsauf-	BLD	Mit dem Vollzug der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist die Verantwortung und Finanzierung für die Sonderschulung vollumfänglich zu den Kantonen übergegangen. Gemäss Art. 197 Ziff. 2 der Bundesverfassung (abgekürzt BV) haben die Kantone die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung (IV) in Menge und Qualität sicherzustellen, bis sie über ein kantonale genehmigtes Sonderschulkonzept verfügen, mindestens jedoch während drei Jahren. Der Erziehungsrat des Kantons St.Gallen hat deshalb ein Projekt initiiert. Der Projektauftrag beinhaltet die Erarbeitung eines Sonderpäda-		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
		trag der Sonderschulen Rechnung trägt.		gogik-Konzeptes, das alle sonderpädagogischen Angebote beinhaltet (Therapien, Stützunterricht, Kleinklassen und alle Massnahmen der Sonderschulung). Ein Element des Sonderpädagogik-Konzeptes ist das bestehende Förderkonzept aus dem Jahr 2006. Der Schwerpunkt der Projektarbeit liegt im bisherigen IV-Bereich, d.h. bei der Sonderschulung. In einer ersten Phase sind Leitsätze definiert worden, die vom Erziehungsrat verabschiedet worden sind. Aufgrund dieser strategischen Grundsätze werden die Zielgruppen neu festgelegt und das künftige sonderpädagogische Angebot, insbesondere im Bereich der Sonderschulung, neu definiert und strukturiert. Neben dem pädagogischen Auftrag beinhaltet der Projektauftrag auch die Prüfung und Entwicklung von neuen Finanzierungsmodellen. In diesem Zusammenhang wird auch der Ist-Zustand mit seinen Anreizen analysiert. Je nach Resultat sind die Verfahren, die Verantwortlichkeiten und Kostenverteilerschlüssel neu zu regeln. Aufgrund des Projektauftrags ist eine Gesamtrevision des Gesetzes über die Kantonsbeiträge an private Sonderschulen (sGS 213.95) unumgänglich.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.06.32	2007/Februar	Sonderbeschulung verhaltensauffälliger Jugendlicher Während die Finanzierung bei der Sonderschulung klar geregelt und auf mehrere Kostenträger verteilt ist (Schulgemeinde, IV, ED), führt die Platzierung nach Heimvereinbarung (zuständig DI) meist zu hohen Kosten für die Gemeinde. Entweder werden die dringend nötigen Massnahmen nicht vollzogen oder es wird versucht, am Kind eine Sonderschulbedürftigkeit festzustellen. Die Verfahrenswege sind nicht koordiniert, die unterschiedliche Finanzierung führt nicht zu sinnvollen Abläufen und eigentliche Plätze in Heimen (Kinder- und Jugendheime ohne Schule) sind rar. Der kommende NFA zwingt sowieso, alle diese Zusammenhänge neu zu prüfen und zu regeln. Die Platzierung über vormundschaftliche Massnahmen in Sonderschulheimen soll somit analog der Sonderschulplatzierung geregelt werden. Das gesetzliche Instrumentarium soll ergänzt und die Koordination zwischen den beiden zuständigen Departementen verbessert werden. Die Hürden zur Platzierung von Kindern und Jugendlichen aus familiären Gründen dürfen nicht höher sein, als jene für die Platzierung aus schulischen Gründen. Die Regierung wird	BLD	Die Regierung verweist auf die Bemerkungen zur Motion 42.05.22.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
		daher eingeladen, die entsprechenden Gesetze im erwähnten Sinn zu ändern und dem Kantonsrat darüber Antrag zu stellen.				
43.99.17	1999/November	Effizienterer Mitteleinsatz zur Erziehung und Schulung sozial auffälliger Jugendlicher Die Regierung wird eingeladen, darüber Bericht zu erstatten, ob – und allenfalls wie – das Heim- und Sonderschulwesen im Kanton St.Gallen durch effizientere Strukturierung und Organisation vermehrt auf das Bedürfnis zur Erziehung und Ausbildung sozial auffälliger (insbesondere von der Schule ausgeschlossener) Jugendlicher ausgerichtet werden kann und allenfalls Antrag zu stellen.	BLD	Die Regierung verweist auf die Bemerkungen zur Motion 42.05.22.		
43.02.07	2002/Februar	Baueigenfinanzierung der Sonderschulen Die Regierung wird eingeladen, in Abstimmung mit der Umsetzungsplanung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (Projekt NFA) die Regelung der künftigen Finanzierung von Sonderschulen (Bauaufwendungen und Betriebskosten) zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten (vgl. auch Postulat 43.97.14 «Folgen der Kantonalisierung von bisherigen Bundesaufgaben im Rahmen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs»).	BLD	Die Regierung verweist auf die Bemerkungen zur Motion 42.05.22.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.03.11	2004/Juni	Ziele der St.Galler Hochschulpolitik Die CVP-Fraktion ... verlangt, dass die Regierung im Zusammenhang mit den anstehenden Bauvorlagen Bericht erstattet, welche Ziele sie mit ihrer Hochschulpolitik verfolgt, welche Synergien durch Zusammenarbeit und Schwerpunktbildungen realisiert werden und wie sich die Kosten für den Bau und Betrieb der Schulen im tertiären Bildungsbereich in den kommenden Jahren entwickeln.	BLD	Die CVP-Fraktion lädt die Regierung ein, Bericht zu erstatten, welche Ziele sie mit ihrer Hochschulpolitik verfolgt, welche Synergien durch Zusammenarbeit und Schwerpunktbildungen realisiert werden und wie sich die Kosten für den Bau und Betrieb der Schulen im tertiären Bildungsbereich in den kommenden Jahren entwickeln. Die Vorarbeiten zu einem Bericht über die St.Galler Hochschulpolitik sind im Gang. Zur Strukturreform der Fachhochschule Ostschweiz hat sich die Regierung in der Zwischenzeit in der Interpellation 51.07.44 geäußert (Strukturreform Fachhochschule Ostschweiz). Daneben laufen auf nationaler Ebene die Arbeiten des Projekts «Hochschullandschaft Schweiz», über die im Rahmen der Vorlage 33.07.09 (Kantonsratsbeschluss über die Übernahme der zusätzlichen Anteile der Kantone Schwyz und Glarus beim Vollzug der Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil nach der Kündigung der Mitgliedschaft des Kantons Zürich) informiert worden ist. Gestützt auf die neuen Bildungsartikel der Bundesverfassung verfolgen Bund und Kantone das Ziel, den Bereich der zehn kantonalen Universitäten, der neun Fachhochschulen, der Pädagogischen Hochschulen sowie der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) in einem Bundesgesetz einheitlich zu regeln. Dabei sollen die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen nachhaltig gesichert und gesteigert werden. Diese		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
				neuen gesetzlichen Grundlagen werden auch – heute noch nicht im Detail bekannte – Auswirkungen auf das Finanzierungssystem der Hochschulen haben. Zurzeit wird die Vorlage im Ständerat beraten. Im Rahmen der Vorlage an den Kantonsrat über das darauf basierende Konkordat sowie anlässlich der Beantwortung des Postulats 43.08.15 (FHO wohin? – Zeitgemässe Strukturen für eine erfolgreiche Positionierung der Fachhochschulen in der Ostschweiz) wird die Regierung Bericht über die Ziele der St.Galler Hochschulpolitik erstatten.		
43.06.01	2006/Frühjahr	Elternbildung: Koordination dringend notwendig Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht darüber zu erstatten: – welche Angebote der Elternbildung bestehen und wie diese vernetzt und koordiniert werden können; – wie weit die Schulgemeinden von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machen, die Elternbildung zu fördern; – wie im Kanton St.Gallen die Elternbildung im Vergleich zu anderen Kantonen positioniert ist; – wie die Elternbildung im Zusammenhang mit Massnahmen nach Art. 307 ZGB (Kindesschutz) umgesetzt wird.	BLD	In Ergänzung zum Bericht der Regierung vom 2. Mai 2006 zur Entwicklung der St.Galler Volksschule (40.06.01) wird das Bildungsdepartement im Jahr 2010 einen weiteren Bildungsbericht über die Perspektiven der Volksschule ausarbeiten. In diesem sollen u.a. die im Postulat aufgeworfenen Themen sowie weitere Themen aus dem Bereich Elternhaus und Schule dargelegt werden. Schwerpunkte werden Elternbildung, Elternmitwirkung sowie die Rechte und Pflichten der Eltern bilden.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.06.14	2007/Februar	Bildungsplanung und Überprüfung der Schulstrukturen Die Regierung wird eingeladen, einen Bericht zur Bildungsplanung auf der Volksschulstufe zu erstatten, unter Einbezug des gesamtschweizerischen Bildungsmonitorings und der Bildungsstatistik sowie der Evaluation der Behörden- und Schulstrukturen im Kanton St.Gallen.	BLD	Das HarmoS-Konkordat fordert, dass sich die Vereinbarungskantone zusammen mit dem Bund an einem systematischen und kontinuierlichen, wissenschaftliche gestützten Monitoring über das gesamte schweizerische Bildungssystem beteiligen. In Ergänzung zum Bericht der Regierung vom 2. Mai 2006 zur Entwicklung der St.Galler Volksschule (40.06.01) wird das Bildungsdepartement im Jahr 2010 einen weiteren Bildungsbericht über die Perspektiven der Volksschule ausarbeiten. In diesem sollen u.a. die im Postulat aufgeworfenen Themen dargelegt werden.		
43.06.15	2007/Februar	Reformen an der Oberstufe Die Regierung wird eingeladen, einen Bericht zu Modellen der Oberstufe zu erstatten, unter Einbezug der Erfahrungen in anderen Kantonen.	BLD	Der Erziehungsrat hat ein zweiteiliges Projekt zur Oberstufe gestartet. Ziel ist zum einen, die Voraussetzungen für die Übernahme der Jugendliche in die Oberstufe zu schaffen, welche seit dem Schuljahr 2008/09 in der Primarschule nach neuem Lehrplan bzw. neuer Stundentafel unterrichtet werden (Englischunterricht usw.). Zum andern soll die Struktur der Oberstufe mit Blick auf die Schultypen (Real- und Sekundarschule) sowie die Grössenverhältnisse und die Trägerschaft der Oberstufenzentren analysiert und gegebenenfalls zur Revision vorgeschlagen werden. Wie weit mit dem Projektergebnis Gesetzesänderungen verbunden sind, ist zurzeit offen. Im Übrigen verweist die Regierung auf die Bemerkungen zum Postulat 43.06.14. Das Konzept ist bis Ende Februar 2010 in Vernehmlassung.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.15	2007/Juni Klimasession	Bildungslandschaft St.Gallen Die Regierung wird eingeladen, zusammen mit der Behandlung des Postulates 43.07.25 «Umwelt-Bildung und -Erziehung – Fundament für die Umsetzung jeglicher umwelt-, energie- und klimapolitischer Massnahmen» (umgewandelte Motion 42.07.05) Bericht zu erstatten, wie Umweltbildung und Umwelterziehung als Teil einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule eingebettet sind und wie diese intensiviert werden können.	BLD	Der Postulatsbericht wird dem Kantonsrat in der Aprilsession zugeleitet.	2010	
43.07.25	2007/Juni Klimasession	Umwelt-Bildung und -Erziehung – Fundament für die Umsetzung jeglicher umwelt-, energie- und klimapolitischer Massnahmen Die Regierung wird eingeladen, zusammen mit der Behandlung des Postulats 43.07.15 «Umwelt-Bildungslandschaft St.Gallen» Bericht zu erstatten, wie Umweltbildung und Umwelterziehung als Teil einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule eingebettet sind und wie diese intensiviert werden können.	BLD	Der Postulatsbericht wird dem Kantonsrat in der Aprilsession zugeleitet.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.32	2007/September	Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton in der Volksschule Die Regierung wird eingeladen, im Zug der bevorstehenden generellen Analyse der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden Bericht zu erstatten, mit welchen Zuständigkeiten in der Volksschule einerseits die Schulqualität und andererseits die Übereinstimmung von Fach- und Finanzierungsverantwortung gewährleistet und optimiert werden kann, und allenfalls Anträge zu stellen.	BLD	Die Fragestellungen werden im Rahmen der Projekte Oberstufenstruktur und Sonderpädagogik bearbeitet (siehe 42.05.22 und 43.06.15).		
43.07.33	2007/September	Reform der Lehrerbeseoldung Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Berichterstattung über das gutgeheissene Postulat 43.02.05 «Revision der Besoldungsverordnung» vom 27. Februar 1996 (sGS 143.2) auch auf das Dienst- und Lohnrecht für die Lehrpersonen der öffentlichen Volksschule einzugehen und allenfalls Antrag zu stellen, mit einer Totalrevision der Lohnstruktur für das Verwaltungspersonal eine Totalrevision der Lohnstruktur für die Lehrkräfte aller Stufen zu verbinden.	BLD	Beginn der Vorarbeiten im Jahr 2010 (Erhebung des Lohnvolumens in den Gemeinden, Evaluation der systematischen lohnwirksamen Qualifikation SLQ; Umfrage bei den anderen Kantonen).		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.08.03	2008/Frühjahr	Gewaltfreie Schule Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht die entsprechenden Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen im Kanton St.Gallen die Gewalt an Schulen reduziert bzw. wie ein solches Programm zur Reduktion der Gewalt an Schulen wissenschaftlich und organisatorisch ausgestaltet werden kann.	BLD	Der Postulatsbericht wird dem Kantonsrat in der Aprilsession zugeleitet.	2010	
43.08.14	2008/Frühjahr	Elternmitwirkung in der Volksschule Die Regierung wird beauftragt, zusammen mit dem Bericht zum Postulat 43.08.01 «Eltern in die Pflicht nehmen» aufzuzeigen, wie und mit welchen gesetzlichen Grundlagen die Mitwirkung der Eltern in der Volksschule verstärkt verlangt und mit welchen zielführenden Sanktionen Pflichtverletzungen geahndet werden können.	BLD	Die Regierung verweist auf die Bemerkungen zum Postulat 43.06.01.		
43.08.15	2008/November	FHO wohin? – Zeigemasse Strukturen für eine erfolgreiche Positionierung der Fachhochschulen in der Ostschweiz Die Regierung wird deshalb eingeladen, zu prüfen, mit welchen neuen Organisationsmodellen die FHO effektiver und effizienter strukturiert werden könnte, und dem Kantonsrat entsprechend Bericht und Antrag zu stellen. Dabei:	BLD	Der Auftrag zur Erarbeitung dieses Postulatsberichts wurde erteilt. Die Bearbeitung wird aufgenommen, indem zuerst eine Analyse verschiedener Lösungsmöglichkeiten anderer Fachhochschulen vorgenommen wird (insbesondere Hochschule Luzern und Fachhochschule Nordwestschweiz, die sich in einer ähnlichen konkordatären Situation befinden). Nach dieser Phase soll eine Stärken-/Schwächen und Chancen-/Gefahren-Analyse erfolgen sowie die bereits früher innerhalb der		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
		– soll vom Ansatz einer Ostschweizer Strategie ausgegangen werden, welche die an den einzelnen Schulstandorten und damit an der FHO beteiligten Kantone mit einbezieht. – soll der Grundsatz leitend sein: «So viel zentrale Steuerung wie nötig, so viel dezentrale Eigenverantwortung der einzelnen Schulstandorte wie möglich.» – sollen sowohl öffentlich- wie auch privatrechtliche Modelle berücksichtigt werden (beispielsweise AG und/oder Holding oder Modell Quadriga II). – sollen die finanziellen Folgen, welche die verschiedenen Modelle mit sich bringen, transparent dargestellt werden. Dabei sollen sowohl die wiederkehrenden Kosteneffekte als auch die einmaligen Restrukturisierungskosten dargestellt werden. – soll aufgezeigt werden, in welchem zeitlichen Rahmen die verschiedenen Modelle realisiert werden könnten. – sollen die vier Teilschulen der FHO im gesamten Prozess mit einbezogen und beteiligt werden.		FHO angestellten Überlegungen mit einbezogen werden. Anschliessend können alternative Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden, die einer Machbarkeitsprüfung und der Abstimmung mit den neuen gesetzlichen Vorgaben des Bundes (HFKG) bedürfen.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.09.06	2009/September	Investitions- und Schulraumplanung für den Berufs- und Mittelschulbereich Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat innert Jahresfrist einen Bericht über den künftigen Schulraumbedarf, die strategischen Leitlinien und die zeitliche Planung sowie eine Priorisierung der Bauvorhaben im Bildungsbereich für die nächsten zehn bis zwölf Jahre für Bauten in der direkten Zuständigkeit des Kantons (Universität, Fachhochschulen, Mittelschulen, Berufsfachschulen) zu unterbreiten.	BLD	Das Bildungsdepartement hat die Arbeiten zur Erarbeitung dieses Postulatsberichtes rasch an die Hand genommen und wird dem Kantonsrat bis im Herbst 2010 Bericht erstatten.	2010	
43.09.07	2009/September	Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat innert Jahresfrist einen Bericht über die strategischen Leitlinien und die zeitliche Planung sowie eine Priorisierung der Bauvorhaben im Bildungsbereich für die nächsten zehn bis zwölf Jahre für Bauten in der direkten Zuständigkeit des Kantons (Universität, Fachhochschulen, Mittelschulen, Berufsfachschulen) zu unterbreiten.	BLD	Die Regierung verweist auf die Bemerkungen zum Postulat 43.09.06.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Finanzdepartement

42.04.01	2004/Juni	Eingrenzung des Geltungsbereichs der Ruhegehaltsordnung für Magistratspersonen Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Nachtrag zur Verordnung über die Versicherungskasse für das Staatspersonal zur Genehmigung zu unterbreiten, wonach die Magistratspersonen (Mitglieder der Regierung, Staatssekretär, Kantonsrichter und Präsident des Verwaltungsgerichtes) nach den Grundsätzen der Versicherungskasse für das Staatspersonal versichert sind. Soweit aufgrund der beruflichen Stellung und Verantwortung der Magistratspersonen Sonderleistungen angezeigt sind, sind diese in der Verordnung zu präzisieren. Der Nachtrag hat insbesondere die Beiträge und Leistungen zu regeln bei vorzeitigem Rücktritt und bei unverschuldeter Nichtwiederwahl – je in Berücksichtigung des Lebensjahres, der unterschiedlichen Amtsdauer von Regierung und Richtern (6 bzw. 4 Jahre) und der Amtsjahre der Magistratsperson.	FD	Der Motionsauftrag wird im Rahmen des Projektes «Revision Versicherungskassen» bearbeitet. Die Vernehmlassung für diese Vorlage wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 durchgeführt. Aufgrund der teilweise kontroversen Stellungnahmen der Vernehmlassung sind zusätzliche Abklärungen vorzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass diese Arbeiten im Lauf des Jahres 2010 abgeschlossen werden können.	2010	
----------	-----------	---	----	---	------	--

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.07.09	2007/Juni	Gesetzliche Rahmenbedingungen für E-Government Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat zur Umsetzung der als dringlich bezeichneten E-Government-Geschäfte Botschaft und Entwürfe für die notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten. Die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung ist insbesondere in Bezug auf folgende Fragen zu prüfen: Wer sammelt in welchen Bereichen welche Daten, wer ist Datenherr, wie werden die Daten erstellt, verwaltet und nachgeführt sowie langfristig archiviert, wer hat Zugang zu den einzelnen Daten, wie ist die Haftung geregelt, wie wird die Kosten- und Wirkungskontrolle garantiert? Weiter soll aufgezeigt und soweit erforderlich geregelt werden, wie die eindeutige elektronische Erkennung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen sichergestellt wird.	FD	Im Jahr 2009 wurde eine Vorlage erarbeitet. Bis Ende Februar 2010 läuft das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren. Danach ist vorgesehen, eine Vernehmlassung durchzuführen und die Vorlage anschliessend dem Kantonsrat zuzuleiten.	2010	
42.07.29	2008/Frühjahr	Weitere Schritte der Privatisierung der St.Galler Kantonalbank Die Regierung wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zur Änderung des Kantonalbankgesetzes zu stellen, die weitere Schritte der Privatisierung der St.Galler Kantonalbank und sofern zweckmässig eine Anpassung der Staatsgarantie vorsieht.	FD	Die Bearbeitung dieses Auftrags wurde im Jahr 2009 aufgenommen. Erste Grundlagen konnten bis Ende 2009 erarbeitet werden. Verschiedene Fragestellungen bedürfen einer vertieften Prüfung. Diese weiteren anspruchsvollen Abklärungen sind auch in Abstimmung mit der Leitung der St.Galler Kantonalbank vorzunehmen.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.02	2009/Frühjahr	Vereinfachung der Besoldungsordnung Die Regierung wird beauftragt, dem Kantonsrat die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzulegen mit dem Ziel, das Besoldungssystem zu vereinfachen, transparenter und leistungsorientierter auszugestalten sowie Automatismen in Bezug auf Lohn-erhöhungen abzuschaffen.	FD	Die Regierung wird die Berichterstattung zu diesem Auftrag in die Vorlage «Revision Dienstrecht» integrieren. Im Jahr 2009 wurde eine Vernehmlassung zum Vorhaben «Revision Dienstrecht» durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass im Lauf des Jahres 2010 dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zugeleitet werden kann. Es ist vorgesehen, das Besoldungssystem im Nachgang und gestützt auf das neue Dienstrecht zu revidieren.		
42.09.14	2009/September	Vorrang des Legalitätsprinzips beim Vollzug des Steuerrechtes Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Änderung des Steuergesetzes vorzulegen, mit welcher beim Vollzug im Bereich der Staats- und Gemeindesteuern die Übernahme von Empfehlungen und Wegleitungen des Bundes sowie von nicht gesetzlich geregelten Vereinigungen wie der Schweizerischen Steuerkonferenz und ähnlichen Organisationen dem Kantonsrat und in bezeichneten Ausnahmefällen der Regierung vorbehalten bleibt.	FD	Die Arbeiten werden im Lauf des Jahres 2010 aufgenommen. Es ist davon auszugehen, dass diese Fragestellung Gegenstand einer nächsten Steuergesetzvorlage bilden wird. Der Zeitpunkt ist derzeit noch offen.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.02.05	2002/Februar	Revision der Besoldungsverordnung vom 27. Februar 1996 (sGS 143.2) Die Regierung wird eingeladen, Notwendigkeit und Möglichkeiten einer umfassenden Revision der geltenden Besoldungsordnung mit dem Ziel struktureller Anpassungen und einer zusätzlichen Erhöhung der Flexibilität zu prüfen sowie über das Ergebnis Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen.	FD	Die Regierung wird die Berichterstattung zu diesem Auftrag in die Vorlage «Revision Dienstrecht» integrieren. Im Jahr 2009 wurde eine Vernehmlassung zum Vorhaben «Revision Dienstrecht» durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass im Lauf des Jahres 2010 dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zugeleitet werden kann. Es ist vorgesehen, das Besoldungssystem im Nachgang und gestützt auf das neue Dienstrecht zu revidieren.		
43.04.11	2004/Mai	Ergänzung der parlamentarischen Steuerungsinstrumente bei Dienststellen und öffentlich-rechtlichen Anstalten, die mit Globalkredit geführt werden Die Regierung wird eingeladen aufzuzeigen, auf welche Bereiche der staatlichen Tätigkeit die bei den selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten (Spitalverbunde, Pädagogische Hochschule Rorschach usw.) eingeführten Steuerungsinstrumente ausgeweitet werden können. Überdies soll die Regierung aufzeigen, wie das heutige Globalkreditsystem mit einer zweckmässigen Leistungssteuerung verknüpft werden kann. Die Abklärungen sind auch mit den Arbeiten der Folgegesetzgebung zur neuen Kantonsverfassung abzustimmen.	FD	Die Projektarbeiten wurden im Jahr 2009 weitergeführt. Gegenüber der ursprünglichen Planung hat sich aufgrund eines personellen Engpasses im Generalsekretariat des Finanzdepartementes nochmals eine Verzögerung ergeben. Die Vorlage wird dem Kantonsrat voraussichtlich bis im Spätsommer 2010 zugeleitet.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.04.14	2004/September	Unter welchen Voraussetzungen unterstehen Mietverträge dem Finanzreferendum? Die vorberatende Kommission lädt die Regierung ein, dem Kantonsrat einen Postulatsbericht zu folgenden Fragen zu unterbreiten: 1. Warum legte die Regierung den Mietvertrag, obwohl die Limiten gemäss Art. 6 und Art. 7 des Gesetzes über Referendum und Initiative überschritten sind, dem Kantonsrat nicht zur Beschlussfassung vor? 2. Warum führte die Regierung, obwohl die Limiten gemäss Art. 6 und Art. 7 des Gesetzes über Referendum und Initiative überschritten sind, keine Volksabstimmung durch? 3. Wie sind die Finanzkompetenzen zum Abschluss von Mietverträgen geregelt? Gibt es dabei Unterschiede zwischen der allgemeinen Staatsverwaltung und selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten?	FD	Im Jahr 2008 wurde ein externes Rechtsgutachten zu den im Postulat aufgeworfenen Fragen eingeholt. Die Projektarbeiten konnten aufgrund eines personellen Engpasses im Generalsekretariat des Finanzdepartementes erst in der zweiten Hälfte 2009 weitergeführt werden. Die Vorlage wird dem Kantonsrat voraussichtlich bis im Spätsommer 2010 zugeleitet.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.06.06	2006/Frühjahr	Steuerbelastung von EL-Bezügerinnen und -Bezügern Die Regierung wird deshalb beauftragt, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, wie die steuerliche Situation von EL-Bezügern, insbesondere mit Ersparnissen unter der Vermögensgrenze der ausserordentlichen EL, verbessert werden kann.	FD	Die Vorlage ist in Vorbereitung. Ein erster Entwurf des Finanzdepartementes wird im ersten Quartal 2010 verwaltungsintern bereinigt (Mitberichtsverfahren). Die Berichterstattung an den Kantonsrat soll in der zweiten Jahreshälfte 2010 erfolgen.	2010	
43.08.13	2008/Frühjahr	Abschaffung der Handänderungssteuer beim Erwerb von selbstgenutztem Eigenheim Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht eine Gesamtschau kommunaler Steuern – Handänderungssteuer und Grundsteuer – und Abgaben auf dem Grundeigentum im Kanton St.Gallen vorzunehmen, diese Belastung mit den umliegenden Kantonen zu vergleichen, ihren Anteil an den kommunalen Einnahmen aufzuzeigen sowie eine rechtliche Beurteilung vorzunehmen, in welchem Umfang Entlastungen unter dem Gesichtspunkt der verfassungsmässigen Wohneigentumsförderung sowie des Gleichbehandlungsgebots nur für Wohneigentümer zulässig sind.	FD	Die Bearbeitung dieses Auftrags wurde bereits aufgenommen. Die Berichterstattung an den Kantonsrat erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2010.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Baudepartement

42.04.15	2004/Juni	Revision Baugesetz Die Regierung wird deshalb eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der durch Revision des Baugesetzes ein Katalog kleiner und unbedeutender Bauvorhaben grundsätzlich von der Baubewilligungspflicht ausgenommen wird.	BD	Die Regierung hat in Aussicht gestellt, die Anliegen der Motion im Rahmen der Baugesetzrevision zu prüfen und Antrag zu stellen. Siehe dazu auch die Bemerkungen zur Motion 42.05.05 «Revision Baugesetz».		
42.05.05	2005/Frühjahr	Revision Baugesetz Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat ein neues, schlankes und zeitgemässes Baugesetz zu unterbreiten, das auf der Grundlage der Stärkung der Eigenverantwortung der Bauherren den Spielraum des Bundesrechts voll ausschöpft sowie zu spürbaren materiellen und verfahrensmässigen Vereinfachungen führt.	BD	Die Vorphase, in der eine Auslegeordnung zu den Stärken und Schwächen des Baugesetzes erstellt und die Grundzüge und Massnahmen der räumlichen Entwicklung des Kantons St.Gallen sowie die Ziele der Baugesetzrevision festgelegt wurden, ist abgeschlossen. In der laufenden Hauptphase wird dem Kantonsrat im Frühjahr 2010 ein Bericht zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe und zum Konzept zur Totalrevision des Baugesetzes unterbreitet. Entsprechend dem Beschluss des Kantonsrates erfolgt die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs.		
42.07.06	2007/Juni Klimasession	Förderung neuer erneuerbarer Energien: Bewilligungsgebühren abschaffen Wir fordern die Regierung auf, die Gebühren für die Bewilligung von Anlagen zur Erzeugung neuer erneuerbarer Energie (z. B. Wärmepumpen, Sonnenkollektoren) abzuschaffen.	BD	Gebühren für Bewilligungen von Anlagen zur Erzeugung von neuer erneuerbarer Energie sind in einen grösseren Zusammenhang zu stellen, vor allem wenn die Bewilligung nicht allein derartige Anlagen, sondern auch andere Bau- oder Anlageteile umfasst. Es ist deshalb zweckmässig, die sich stellenden Fragen im Rahmen der Baugesetzrevision zu beantworten. Siehe dazu die Bemerkungen zur Motion 42.05.05 «Revision Baugesetz».		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.07.15	2007/September	Städtebauförderung und Dorferneuerung: Wichtige Aufgaben der Zukunft Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Gesamtrevision des Baugesetzes zu prüfen und Antrag zu stellen, wie künftig Strategien für Städtebauförderungen und Dorferneuerungen entwickelt und umgesetzt werden können.	BD	Die Regierung hat in Aussicht gestellt, die Anliegen der Motion im Rahmen der Baugesetzrevision zu prüfen und Antrag zu stellen. Siehe dazu die Bemerkungen zur Motion 42.05.05 «Revision Baugesetz».		
42.09.33	2009/November	Planungsinstrumente für die Gemeinden im Bereich des Mobilfunks Die Regierung wird eingeladen, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um den Gemeinden die nach der Rechtsprechung zulässige Möglichkeit für eine Negativ- und Positiv-Planung im Zusammenhang mit der Neuerrichtung von Mobilfunkanlagen zu geben. Dabei sind die massgeblichen Kriterien im Gesetz zu verankern.	BD	Die Regierung wird die Anliegen der Motion im Rahmen der Baugesetzrevision prüfen und Antrag stellen. Siehe dazu die Bemerkungen zur Motion 42.05.05 «Revision Baugesetz». Eine gesonderte Bearbeitung würde länger dauern.		
43.01.05	2001/November	Verbleib der kantonalen Stromnetze in öffentlicher Hand Die Regierung wird eingeladen, dem Grossen Rat nach Vorliegen der notwendigen Grundlagen Bericht zu erstatten, wie der Verbleib der Verteilnetze im SAK-Gebiet in öffentlicher Hand sichergestellt wird.	BD	Das Thema wird im Rahmen der laufenden Projektarbeiten zur Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Stromversorgungs-gesetz unter Einbezug der interessierten Kreise bearbeitet. Botschaft und Gesetzesentwurf wurden von der Regierung am 20. Oktober 2009 (RRB 2009/747) zur Vernehmlassung freigegeben und werden dem Kantonsrat im März 2010 zur Kommissionsbestellung in der Frühjahrs-session 2010 zugestellt.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.17	2007/Juni Klimasession	Denkmalschutz vor Energiesparen? Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen der Gesamtrevision des Baugesetzes (sGS 731.1; abgekürzt BauG) zu prüfen und Antrag zu stellen, wie bei historischen Gebäuden unter Berücksichtigung der Denkmalpflege die Anforderungen an eine sparsame und rationelle Energieverwendung erfüllt werden können.	BD	Die Regierung wird die Anliegen der Motion im Rahmen der Baugesetzrevision prüfen und Antrag stellen. Siehe dazu die Bemerkungen zur Motion 42.05.05 «Revision Baugesetz».		
43.09.04	2009/Sep- tember	Verkehrsplanung und Engpassbeseitigung in der Agglomeration St.Gallen-Arbon-Rorschach Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht über die Möglichkeiten zur Entlastung der A1 in St.Gallen unter Berücksichtigung der Gesamtverkehrsfragen zu unterbreiten. Dabei ist insbesondere aufzuzeigen, welche baulichen und technischen Möglichkeiten zur raschen Verwirklichung der A1-Spange, zur Anpassung des Strassennetzes und zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Hinblick auf Engpassbeseitigungen bestehen und welche Möglichkeiten vorhanden sind, um den Bund rasch zur Netzergänzung und Engpassbeseitigung anzuhalten.	BD	Die Regierung hat den Projektauftrag zur Ausarbeitung des Postulatsberichts am 22. Dezember 2009 (RRB 2009/910) erteilt. Gemäss Projektterminplan soll der Postulatsbericht dem Kantonsrat im Frühjahr 2011 unterbreitet werden.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.09.15	2009/September	Förderung der Grundwassernutzung Die Regierung wird eingeladen, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Nutzung des Grundwassers und dessen Einflussfaktoren unter Abwägung aller öffentlichen Interessen umfassend in einem Bericht darzulegen und Massnahmen sowie gegebenenfalls Vorschläge für eine Anpassung der massgebenden Gesetzgebung dem Kantonsrat zu unterbreiten.	BD	Die Regierung hat den Projektauftrag zur Ausarbeitung des Postulatsberichts am 8. Dezember 2009 (RRB 2009/861) erteilt. Gemäss Projektterminplan soll der Postulatsbericht dem Kantonsrat im Frühjahr 2012 unterbreitet werden.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Sicherheits- und Justizdepartement

42.08.02	2008/Frühjahr	Datenaustausch und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Organen Die Regierung wird beauftragt, im Rahmen der kantonalen Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung allfällige Lücken bei der Sicherstellung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden und anderen öffentlichen Organen aufzuzeigen und zu schliessen.	SJD	Der Auftrag wurde im Rahmen des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung erfüllt (Geschäft 22.09.11)		Abschreibung
42.08.39	2009/Februar	Schaffung einer kantonalen Vermittlerinstanz Die Regierung wird daher beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten mit dem Ziel, im Kanton St.Gallen eine Vermittlerinstanz einzurichten, deren Dienste der Bevölkerung unentgeltlich angeboten werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vermittlerinstanz kostenneutral sein sollte und die Möglichkeit besteht, ihren Aufgabenbereich auf die Gemeindeebene auszudehnen.	SJD	Botschaft und Entwurf der Gesetzesvorlage sind in Bearbeitung.	2010	

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.03	2009/Frühjahr	Gegen «Killerspiele» für Kinder und Jugendliche – für einen wirksamen und einheitlichen Kinder- und Jugendmedienschutz Die Regierung wird deshalb eingeladen, gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung und Art. 65 Abs. 1 Bst. I der Kantonsverfassung im Namen des Kantons St.Gallen folgende Standesinitiative einzureichen: Die Bundesversammlung wird ersucht: a) ein Gesetz zu schaffen, welches die Herstellung, das Anpreisen, die Einfuhr, das Verkaufen und Weitergeben von Spielprogrammen, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen zum Spielerfolg beitragen, verbietet. b) administrativ-rechtliche Massnahmen zu treffen (wie z.B. eine eidgenössische Zulassungsstelle), die einen einheitlichen und umfassenden Kinder- und Jugendmedienschutz in der Schweiz gewährleisten.	SJD	Die Regierung hat die Standesinitiative am 26. Mai 2009 bei der Bundesversammlung eingereicht.		Abschreibung

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.17	2009/Juni	Standesinitiative zur Anpassung des Strafrechtes Die Regierung wird beauftragt, eine Standesinitiative zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches mit folgenden Zielen einzureichen: – eine Einschränkung der Sanktionsvielfalt zu erreichen; – die Anwendbarkeit der Geldstrafe bei Gewalt- und Sexualdelikten auszuschliessen oder stark einzuschränken; – die Regelung der Anwendbarkeit von kurzen unbedingten Freiheitsstrafen zu lockern; – die Möglichkeit der Rückversetzung von Tätern während der Probezeit einer bedingten Entlassung bei einer negativen Entwicklung auszuweiten und die Vollzugsbehörde zu ermächtigen, die nötigen Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu treffen; – auf die Entfernung von Einträgen ins Strafregister zu verzichten.	SJD	Die Regierung hat die Standesinitiative am 30. Juni 2009 bei der Bundesversammlung eingereicht.		Abschreibung

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.23	2009/Juni	Anpassungen ans Bundesgerichtsgesetz (BGG) Die Regierung wird deshalb ⁵ eingeladen, die Übereinstimmung des kantonalen Rechts mit dem BGG ⁶ zu prüfen und dem Kantonsrat Bericht und Antrag insbesondere zu den Ausführungsbestimmungen über die Zuständigkeit, die Organisation und das Verfahren der Vorinstanzen im Sinn von Art. 86 Abs. 2 und 3 BGG zu erstatten.	SJD	Die Anpassungen erfolgen im Rahmen des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (Geschäft 22.09.09).		Abschreibung
43.08.10	2008/Juni	Gesamtheitlicher Ansatz gegen Gewalt bei sportlichen Grossveranstaltungen Die Regierung wird eingeladen, in einem Postulatsbericht die verschiedenen Möglichkeiten für gesamtheitliche Problemlösung bei Sportanlässen aufzuzeigen, sowie die nötigen gesetzlichen Regelungen vorzubereiten.	SJD	Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Kantonsrat noch im Jahr 2010 zugeleitet.	2010	

⁵ Vollständiger Wortlaut der Motion: Siehe Wortlaut der Motion vom 21. April 2009.

⁶ Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG) [SR 173.110].

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.08.12	2008/Frühjahr	Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat über Ausmass und Formen der Jugendgewalt sowie über die bereits getroffenen und allfällige weitere Massnahmen Bericht zu erstatten. Dabei sind insbesondere die Erkenntnisse aus der vom Sicherheits- und Justizdepartement so-wie vom Bildungsdepartement in Auftrag gegebenen Studie zur Jugenddelinquenz im Kanton St.Gallen zu berücksichtigen.	SJD	Der Postulatsbericht ist departementsintern abgeschlossen. Die Regierung wird den Bericht dem Kantonsrat auf die Frühjahrssession 2010 zuleiten.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung

Gesundheitsdepartement

42.95.35	1996/März	Gesetz über die sozialpsychiatrische Betreuung (Psychiatriegesetz) Die Regierung wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die Verankerung der Patientenrechte zu schaffen und Antrag zu stellen.	GD	Die Verankerung der Patientenrechte ist mit der Revision des Gesundheitsgesetzes vorgesehen. Die Arbeiten zur Revision des Gesundheitsgesetzes sind im Gang.		
42.04.17	2004/Juni	Gesetzliche Grundlagen im Heil- und Pflegebereich bei landwirtschaftlichen Nutztieren Wir laden die Regierung ein, die gesetzlichen Grundlagen für eine zukunftsgerichtete Gesundheitsversorgung in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu schaffen.	GD	Auf Bundesebene wurde das Postulat 06.3684 "Kostentreibende und unnötige Auflagen für die Viehwirtschaft aufheben" von Nationalrat Markus Zemp eingegen, das eine gesamtschweizerische Regelung anstrebt.		Abschreibung
42.08.05	2008/Frühjahr	Alkoholkonsum bei Jugendlichen Die Regierung wird eingeladen, das Gesetz dahingehend anzupassen, dass nicht nur der Alkoholverkauf verboten, sondern auch der Alkoholkonsum bei Jugendlichen stark eingeschränkt wird.	GD	Motion ist Teil des Kant. Alkohol-Aktionsplans 2010-2014 (KAAP) mit gezielten Massnahmen gegen Alkoholkonsum von Jugendlichen. Entwurf des Aktionsplans liegt vor. Nach der Verabschiedung des Berichts werden Massnahmen zur Motion 42.08.05 festgelegt.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.25	2009/Juni	Standesinitiative: Der Anstieg der Krankenkassenprämien ist deutlich zu dämpfen Der Anstieg der Krankenkassenprämien ist besorgniserregend und belastet unsere Bevölkerung zunehmend. Dieser Anstieg lässt sich dämpfen, wenn Massnahmen aus den folgenden Bereichen rasch umgesetzt werden: – Senkung der Medikamentenpreise; – Verstärkter Einsatz von Generika; – Förderung von Managed Care und Hausarztmodellen; – Massnahmen zur Strukturbereinigung im Spitalbereich; – Wirksamere Beaufsichtigung der Krankenkassen durch den Bund. Die Bundesversammlung wird aufgefordert, Massnahmen in diesen Bereichen rasch zu prüfen und umzusetzen, damit der angekündigte Anstieg der Krankenkassenprämien für 2010 wirkungsvoll gedämpft werden kann.	GD	Wurde an Bundesebene weitergeleitet, Behandlung in National- und Ständerat ist jedoch noch ausstehend.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
42.09.29	2009/Juni	Standesinitiative: Dank Ausdehnung des Reserveausgleich Krankenkassenprämienanstieg abfedern Die St.Galler Regierung wird darum ⁷ eingeladen, eine Standesinitiative einzureichen mit der Forderung, den Reserveausgleich der Krankenversicherer zu staffeln, um somit das Prämienwachstum zu verlangsamen.	GD	Wurde an Bundesebene weitergeleitet, Behandlung in National- und Ständerat ist jedoch noch ausstehend.		
43.99.18	2005/September	Begleitinstrumente an kantonalen Spitälern Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchem Instrumentarium die Sicherheit von Patientinnen und Patienten in den st.gallischen Spitälern und Kliniken bei der Anwendung neuer Behandlungs- und Operationsmethoden sowie der Einführung neuer Heilmittel gewährleistet und weiter verbessert werden kann.	GD	Die Arbeiten am Bericht sind im Gang. Wird im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes unter dem Aspekt Patientenrechte behandelt.		

⁷ Vollständiger Wortlaut der Motion: Siehe Wortlaut der Motion vom 2. Juni 2009.

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.00.05	2000/Mai	Gesundheits- und Rettungsdienst in ausserordentlichen Lagen (GRAL) In diesem Sinn lade ich die Regierung ein, Bericht zu folgenden Fragen zu erstatten: 1. Wie sieht das aktuelle Konzept «Gesundheits- und Rettungswesen in ausserordentlichen Lagen (GRAL)» aus? 2. Wie wirkt sich die Bildung von Versorgungsregionen auf das Konzept «Gesundheits- und Rettungswesen in ausserordentlichen Lagen (GRAL)» aus? 3. Wie wird die interkantonale und internationale Zusammenarbeit in ausserordentlichen Lagen gewährleistet?	GD	Der Bericht ist ausgearbeitet und wird im laufenden Jahr unterbreitet.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.01.08	2001/Mai	Erweiterung der Spitalverbunde? Nach der Überführung der sieben kantonalen und zwei kommunalen Akutspitäler in die vier Spitalverbunde: Sollen weitere, über einen Leistungsauftrag des Staates verfügende Spitäler, insbesondere die Geriatriische Klinik des Bürgerspitals St.Gallen und das Ostschweizer Kinderspital St.Gallen, sowie Rehabilitationskliniken und Psychiatrische Dienste in die neuen Spitalverbunde integriert werden? Die Regierung wird eingeladen, die Frage zu prüfen, dem Grossen Rat Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.	GD	Wird mit der Vorlage "Verselbständigung Psychiatrie", welche im Verlauf dieses Jahres im KR behandelt wird, erledigt.		
43.01.10	2001/September	Bedürfnisklausel für kostspielige Geräte zu Diagnose- und Therapie-zwecken im Gesundheitswesen Die Regierung wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie mit einer Bedürfnisklausel oder anderen Instrumenten auf gesetzlicher Ebene Einfluss auf die Anschaffung kostspieliger Geräte zu Diagnose- und Therapiezwecken durch private und öffentliche Leistungserbringer genommen werden kann.	GD	Das Anliegen wird auf eidgenössischer Ebene im Rahmen der KVG-Revision geprüft. Die Ergebnisse sind abzuwarten.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.04.15	2004/November	Rationierungen in der Gesundheitsversorgung Die Regierung wird eingeladen, eine Auslegeordnung zu den verschiedenen Aspekten der Rationierungstendenzen im st.gallischen Gesundheitswesen zu erstellen und Bericht zu erstatten.	GD	Bericht befindet sich departementsintern in Vorbereitung.		
43.04.25	2005/Frühjahr	Frühzeitige, umfassende Wiedereingliederung psychisch erkrankter Menschen Die Regierung wird eingeladen, darüber zu berichten, ob und wie: – die medizinisch-psychiatrische Frührehabilitation ausgebaut werden kann; – die Lücken in der psychosozialen Frührehabilitation im Kanton geschlossen und die involvierten Instanzen (Ärzeschaft, Pflegende, Sozialdienste, Krankenkassen, Krankentaggeldversicherung, persönliches Umfeld, Arbeitgeber, Stellenvermittlung, Beratungsstellen, Rechtsvertreter, Gutachter bis hin zu IV und Sozialhilfe) vernetzt werden können; – durch eine frühzeitige systematisch-methodische Fallführung (Case Management) psychisch erkrankten Menschen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden kann.	GD	Ein Berichtsentwurf liegt intern vor, die Arbeiten werden im laufenden Jahr abgeschlossen.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.06.17	2006/November	Umfassende und wirksame Suchtprävention Die Regierung wird eingeladen zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen eine wirksame und nachhaltige Suchtprävention gewährleistet werden kann. Mit in die Prüfung einzubeziehen sind auch Kostenüberlegungen.	GD	Bericht befindet sich departementsintern in Vorbereitung.		
43.07.21	2007/September	Gesamtkonzept Palliative Care Die Regierung wird eingeladen, ein Konzept «Palliative Care im Kanton St.Gallen» zu erstellen. Darin soll die palliative Betreuung durch die Akutspitäler, Kliniken, Pflegeheime und ambulanten Versorger im stationären und ambulanten Bereich ebenso beschrieben werden wie auch die Schnittstellenproblematik zwischen den verschiedenen Anbietenden im Kanton und den Palliative-Care-Patientinnen und -Patienten. Insbesondere gilt es der Durchlässigkeit und Koordination zwischen den Anbietenden von Palliative Care im Kanton besondere Aufmerksamkeit zu schenken sowie auch die Finanzierungsfrage und Abgeltung von diesen Leistungen aufzuzeigen. Bei allfälligen Defiziten sollen Lösungsvarianten aufgezeigt werden.	GD	Ein gemeinsamer Bericht zu den Postulaten 43.07.21 und 43.07.22 wird im laufenden Jahr unterbreitet.		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.22	2007/Sep-tember	Palliative Care – der eigenen Biografie gemäss Betreuung und Pflege bis zuletzt Die Regierung wird eingeladen, ein Konzept «Palliative Care im Kanton St.Gallen» zu erstellen. Darin soll die palliative Betreuung durch die Akutspitäler, Kliniken, Pflegeheime und ambulanten Versorger im stationären und ambulanten Bereich ebenso beschrieben werden wie auch die Schnittstellenproblematik zwischen den verschiedenen Anbietenden im Kanton und den Palliative-Care-Patientinnen und -Patienten. Insbesondere gilt es der Durchlässigkeit und Koordination zwischen den Anbietenden von Palliative Care im Kanton besondere Aufmerksamkeit zu schenken sowie auch die Finanzierungsfrage und Abgeltung von diesen Leistungen aufzuzeigen. Bei allfälligen Defiziten sollen Lösungsvarianten aufgezeigt werden.	GD	Bericht siehe Postulat 43.07.21		

Gutgeheissener parlamentarischer Vorstoss				Bericht über den Stand der Bearbeitung		
Nummer	Gutheissung in Session	Titel	Zuständigkeit	Stand der Bearbeitung	Endtermin	Antrag der Regierung
43.07.29	2008/Februar	Aufgaben der freipraktizierenden Ärzteschaft in der Notfall-Versorgung Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht Möglichkeiten zur Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der medizinischen Notfallversorgung aufzuzeigen. Dabei geht es insbesondere um die Notfallorganisation der freipraktizierenden Ärzteschaft und um die Zusammenarbeit mit den Notfallorganen der Spitäler und der kantonalen Notrufzentrale.	GD	Ein Erster Berichtsentwurf liegt departementsintern vor. Es müssen noch Vorschläge der Ärztesgesellschaften im Zusammenhang mit 'Call-Center' abgewartet werden.		
43.07.38	2008/Februar	Herzchirurgische Versorgung von st.gallischen Patientinnen und Patienten Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht über die herzchirurgische Versorgung von st.gallischen Patientinnen und Patienten vorzulegen. Darin soll die Weiterführung vertraglicher Lösungen mit ausserkantonalen Anbietern (insbesondere dem Kanton Zürich) Alternativen wie beispielsweise dem Aufbau einer Herzchirurgie im Raum St.Gallen durch einen Dritten oder die Schaffung einer eigenen Herzchirurgie am Kantonsspital St.Gallen im Rahmen der ersten Baustappe leistung- und kostenmässig gegenüber gestellt werden.	GD	Entwurf Vorlage liegt departementsintern vor, muss jedoch noch vom Verwaltungsrat der Spitalverbunde behandelt werden.		